



schlagl_ch

Vom Mythos der Reife

Ist politisch erst erwachsen, wer Truppen ins Ausland schickt? Ein törichtes Narrativ, von den Grünen erfunden, bedrängt nun die Linkspartei

Ein Jüngling zieht hinaus in die Welt, bewährt sich in Kampf und Krieg, auf dass er bei seiner Heimkehr als erwachsen gelte und sich fortpflanzen darf. Die Bereitschaft, einen anderen zu töten als Beweis von Reife, das ist eine archaische Vorstellung. Und doch hat dieser Atavismus einen festen Platz in der modernen Politik. Eine Partei gilt als erwachsen, wenn sie bereit ist, Soldaten in die Welt zu schicken.

Die Grünen erlagen dem seltsamen Narrativ schon vor Jahren. In ihren Reihen entstand überhaupt die Idee dieser Art des Heranwachsenden, eine Waffe (sic!) im Strömungskampf, und irgendwann blickten die Gereiften dann mit Schauern zurück auf die friedenspolitischen Utopien ihrer nun entrückten Adoleszenz.

An der Aufgabe, Militäreinsätze kritisch zu spiegeln, versagen Medien und Parlament gleichermaßen

Ähnliche Geister plagen nun die Linkspartei, wenn sie in diesen Wochen eine neue Führung bestimmt und einen Kurs berät, der – oh nimmermüdes Zauberwort! – regierungsfähig machen soll. Erneut kennt die begleitende öffentliche Beschallung nur eine Richtung: Wer ernst genommen werden will, muss zu auswärtigen Einsätzen der Bundeswehr stehen, das beweise Pragmatismus und einen als „gesund“ apostrophierten Willen zur Macht.

Zunächst: Wer spricht da eigentlich? Eine Mehrheitsmeinung der Wählenden jedenfalls nicht. Die Deutschen seien in ihrer Grundorientierung eher antimilitaristisch, befand 2019 erneut eine Untersuchung der Bundeswehr; eine klare Mehrheit lehne auswärtige Kampfeinsätze ab.

Im politischen Raum haben sich derweil andere, eigenständige Prioritäten entwickelt. Sie basieren weder auf den Wünschen der hiesigen Gesellschaft noch haben sie unmittelbar mit konkreten Erfordernissen an den Einsatzorten zu tun. Es handelt sich vielmehr um strategische Projekte des außen- und sicherheitspolitischen Establishments, und sie speisen sich jeweils aus verschiedenen Erwägungen. Etwa: Was bringt Deutschland dem begehrten ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat näher? Wie werden bündnispolitische Interessen und Konkurrenzen austariert? Und wie viel globale Präsenz der Bundeswehr ist nötig für die Marktstellung deutscher Rüstungsexporte?

Was immer dabei herauskommt, findet in der Regel eine so wohlwollende publizistische Begleitung, dass man sie *embedded* nennen sollte. An der Aufgabe, Militäreinsätze kritisch zu spiegeln, versagen Medien und Parlament gleichermaßen. Das Beispiel Mali ist dafür der jüngste Beleg. Als dort nach sieben Jahren westlicher Intervention Putschisten zum Wiederaufbau des Landes aufrufen, herrscht hier zunächst betretenes Schweigen, gefolgt von der Losung: Weitermachen, als wäre nichts gewesen! Im bitterarmen Mali werden pro Tag 4 Millionen Euro für eine militärisch ver-

standene Sicherheit aufgewendet, während das Leben der Malier jeden Tag unsicherer wird. Studien, die seit Langem auf falsche Prioritäten hinweisen, wurden geflissentlich ignoriert. Und die EU trainiert weiter eine Armee, die für mehr zivile Opfer verantwortlich ist als der dschihadistische Terror. Kann mehr schiefgehen?

Wenn man fragt, warum die Bundeswehr überhaupt in Mali ist, lautet die Antwort: Erst, um Frankreich einen Gefallen zu tun, und dann kam die Migrationsabwehr hinzu.

Wer heutzutage nach Argumenten gegen eine militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder sucht, muss sich nicht mehr auf Pazifismus berufen. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte liefern allen Grund, Interventionen mit höchster Skepsis zu betrachten: vom Experiment Kosovo, wo 60.000 Nato-Soldaten in einem Gebiet von der halben Größe Schleswig-Holsteins eingesetzt wurden, über die Kriege in Irak und Libyen bis zum Desaster in Afghanistan. Keine Entsendung, ob mit oder ohne deutsche Beteiligung, hat auch nur im Entferntesten jene Ziele erreicht, die zu Beginn versprochen wurden.

Wären Fakten von Bedeutung, müsste es heute leichter sein, gegen Waffengänge zu plädieren. Dennoch ist das Nein geächtet. Weil es kaum mehr abweichende Welterklärungen gibt, kaum Alternativen zu den allgegenwärtigen sicherheitspolitischen Mythen, die – grob umrissen – den Planeten aufteilen in ein aggressives Russland, ein herrschsüchtiges China, einen schiitischen Krisenbogen und ein migrationswütiges Afrika.

Erstmals wurde dieses Jahr das Nato-Manöver „Steadfast Noon“, bei dem auch deutsche Piloten den Einsatz US-amerikanischer Atomwaffen trainieren, nicht mehr geheim gehalten. Nuklearwaffen offensiv zu bewerben gehört zur neuen Ausrichtung der Nato; die Öffentlichkeit nimmt es hin.

In keinem anderen Bereich ist die Unterwerfung unter herrschende Ideologien so still und so umfassend. Der rumorenden zivilgesellschaftlichen Ermächtigung in Fragen von Klima, Verkehr oder Agrarpolitik steht eine erschütternde Entmächtigung bei dem Thema Sicherheit gegenüber. Selbst die Rüstungsindustrie wird von Kritik weitgehend verschont – als wären Waffensysteme, neben allem anderen, nicht auch Klimakiller. Deutschland ist viergrößter Rüstungsexporteur, doch der Einfluss der entsprechenden Konzerne wird kaum behelligt. Die SPD will nun bewaffnete Drohnen. Automatisiertes Töten da sozialdemokratische Ethik – warum schreit da kaum jemand auf in der Partei?

Während das kritische linke antirassistische Spektrum vollumfänglich mit dem Ringen um die inneren gesellschaftlichen Verhältnisse beschäftigt ist, verbreitet sich in der Außenpolitik und in den Fragen von Krieg und Frieden ungestört eine rechtsgewirkte Hegemonie. Der flagrante Rechtsextremismus im Kommando Spezialkräfte müsste alarmieren. Ausgerechnet den Elitesoldaten, die weltweit operieren sollen, wird die Verfassung zu eng. Die Annahme liegt nahe, dass sie aus der Flasche mit dem Etikett „globale Präsenz der Bundeswehr“ ein paar Schluck zu viel genommen haben.



Charlotte Wiedemann hat sich als Auslandsreporterin vor allem mit muslimischen Gesellschaften befasst und schreibt Bücher. Zuletzt erschien „Der lange Abschied von der weißen Dominanz“ bei dtv.

Die Schlagloch-Vorschau:
4. 11. Georg Diez
11. 11. Georg Seeblen
18. 11. Ilija Trojanow
25. 11. Jägoda Marinč

Stefan Reinecke über die Widersprüche der Grünen

Dreitagebart und Anzug

Die Grünen sind, anders als oft behauptet, keine Volks-, sondern eine Milieupartei. Sie repräsentiert keinen Querschnitt der Gesellschaft, sondern die in der Wissensgesellschaft wachsende Klasse von AkademikerInnen, oft urban und im öffentlichen Dienst beschäftigt. Genau deshalb sind die Grünen so erfolgreich. Sie gewinnen Wahlen und Mitglieder, weil sie dem launischen Publikum etwas Besonderes bieten: Man ist irgendwie noch immer ein kleines bisschen rebellisch (eine Eigenart, die Robert Habecks Dreitagebart perfekt zum Ausdruck bringt), aber zugleich auch äußerst verantwortungsbewusst und als Anzugträger darauf geeicht, 2021 mit der Union zu regieren.

Das Grünen-Image ist ein perfektes Angebot für konforme Nonkonformisten. Die Grünen haben das Copyright auf Klimaschutz – und bestimmen damit derzeit einen Großteil der politischen Agenda. Doch ihre Erfolge sind schwankender, als man derzeit glaubt. Es wäre nicht das erste Mal, dass Grüne nur Umfragen gewinnen. Deshalb beobachtet die Parteispitze nervös die

Absetzbewegungen am ökologischen Rand, die Proteste gegen die A49 in Hessen, die auch an die Adresse der Grünen gehen, und die Klimalist, die in Baden-Württemberg zur Landtagswahl antreten will. Auch bei Fridays for Future sind nicht mehr alle AktivistInnen begeistert von den maßvollen Plänen der Grünen. Deren Projekt ist für 2021 der ökologische Umbau der Industriegesellschaft – zusammen mit Union und Konzernen. Das wird, auch mit einer Laschet-Union, eine Politik der kleinen Schritte. Daher sind die jetzigen Risse im grünen Spektrum keine flüchtige Irritation, die wieder vergeht, sondern das Wetterleuchten von Widersprüchen, die sich erst später richtig entladen werden.

Die grüne Spitze muss da die Balance halten. Die Ökoliberalen müssen einerseits glaubhaft machen, authentische Stimme der Bewegungen zu sein, die ja ihre eigene Herkunft widerspiegeln, und andererseits moderat und sehr anpassungsfähig in der Mitte um Merkel-WählerInnen ringen. Es ist ein Weg mit Absturzgefahr.

nahaufnahme 5

Anja Krüger über Verkehrsunfälle in Coronazeiten

Radfahren ist zu gefährlich

Es ist ein erfreulicher Nebeneffekt in einer bitteren Zeit: Im Frühjahr haben viele Menschen wegen der Coronakrise ihre Mobilität stark eingeschränkt, sodass die Zahl der Verkehrsunfälle stark zurückgegangen ist. Sehr unerfreulich ist aber, dass Radfahrende davon weniger hatten als die anderen VerkehrsteilnehmerInnen. Denn die Zahl der getöteten RadlerInnen ist weitaus weniger gesunken als die der FußgängerInnen und der im Auto Verunglückten. Es haben sich nahezu genauso viele RadfahrerInnen im Straßenverkehr bei Unfällen verletzt wie vor der Coronakrise. Die Zahl der Verletzten E-Bike-FahrerInnen ist sogar drastisch gestiegen, mehr Unfälle enden für sie tödlich. Der Hinweis, dass jetzt auch mehr Leute das Rad und vor allem ein E-Bike nutzen, ist zwar richtig. Aber die Konsequenz daraus muss mehr Sicherheit für diese Gruppen sein und nicht die achselzuckende Hinnaufnahme hoher Unfallzahlen.

Die jüngsten Zahlen zeigen, wie wichtig der energische Ausbau sicherer Radwege und der Umbau der Straßen ist. Auf den ersten Blick sieht es so

aus, als hätten Politik und Gesellschaft das verstanden. Es gibt so viel Geld wie nie für den Ausbau der Radinfrastruktur. Das Rad ist ab November sogar akademisches Lehrfach, der Bundesverkehrsminister stellt auch für Lehre und Forschung zum Rad viel Geld zur Verfügung. Aber: Es passiert zu wenig im Hier und Jetzt. Die Verwaltungen in Deutschland sind zu schwerfällig. Damit sich das ändert, müssen die Themen Radfahren und Verkehrssicherheit zur Cheffinnensache in deutschen Rathäusern werden.

Dabei hat die Pandemie eins gezeigt: Wenn die Verantwortlichen vor Ort wirklich wollen, können sie rasch handeln und Fakten schaffen. Die vielen temporären Radwege, die in Berlin und etlichen anderen Städten entstanden sind, beweisen das. In Berlin stehen die Zeichen gut, dass die Pop-up-Bike-lanes der gerichtlichen Überprüfung standhalten und sie bleiben können. Andersorts wie in München arbeiten KommunalpolitikerInnen daran, sie so schnell wie möglich zu beseitigen. Das ist fatal.

wirtschaft + umwelt 8

Michael Bartsch über 6 Jahre Pegida

Erstarrte Protestrituale

Wir werden siegen“, behauptete eine der wenigen verbliebenen Pegida-Fahnen am Montagabend auf dem Dresdner Altmarkt unverdrossen. Doch Feierstimmung herrschte zum sechsten Jahrestag des ersten Aufmarsches im Jahr 2014 nicht. Die Teilnehmerzahl blieb deutlich unter der von 390 zu ihrem Schutz eingesetzten Polizeibeamten, 200 trommelnde Gegendemonstranten hielt lautstark dagegen.

Genugtuung mag dennoch nicht aufkommen. Denn die 25.000 Demonstranten, die gegen alles motzten, was außerhalb ihres Horizonts lag, sind nicht verschwunden. Sie sind heute Wähler der AfD oder engagieren sich in dieser Partei. Zwischen die „Alternative“ und Pegida passt im Mutterland Sachsen kein Blatt Papier; AfD-Landeschef Jörg Urban und der vorerst ausgeschlossene „Flügel“-Mann Andreas Kalbitz redeten auf den „Abendspaziergängen“ von Pegida.

Pegida-Hauptling Lutz Bachmann hatte schon 2016 erkannt, dass sein Haufen politisch nicht handlungsfähig ist, und vergeblich einen Anschluss an Institutionalisierte wie die AfD ver-

sucht. Viele Abendlandstretter der ersten Stunde haben den schrumpfenden „Widerstandsparty“ den Rücken gekehrt. Nur Einzelne sitzen im Stadtrat oder in Dresdner Ortsbeiräten.

Pegida erstarrte in Ritualen und immer gleichen Rufen. An den „Patriotischen Europäern“ gegen die Islamisierung des Abendlandes“ kann man den Niedergang einer rein destruktiven Protestbewegung studieren. Sie hat sich als diskursunfähig und politisch nur über die große Schwester AfD anchlussfähig erwiesen. Ob Bachmann sein prahlerisches „Dresden zeigt, wie’s geht“ selbstironisch meint?

Wenn Pegida Geschichte geschrieben hat, dann auf makabre Weise: Wo immer man Dresden erwähnt, wird der Ruf der Stadt sofort mit Pegida und der rechten Apostrophierung als „Hauptstadt der Bewegung“ in Verbindung gebracht. Diese Assoziationen wirken hartnäckiger nach als das reale Erscheinungsbild von Pegida. Spät hat das auch die sogenannte bürgerliche Mitte von CDU oder FDP in der Stadt begriffen und seit 2018 für Demokratie und Menschenwürde mitdemonstriert.